



WIRTSCHAFTSPOLITISCHER KOMMENTAR 14/4/2015

## Das Recht und die EWU

von NORBERT F. TOFALL

- Wenn die Suche nach einem Kompromiss zwischen Griechenland und den restlichen Euro-Staaten scheitern würde, dann wäre dies in der jungen Geschichte der EWU der erste ernste Konflikt, der nicht mit einer Beugung des Rechts gelöst würde.
- Wenn Recht und Regeln nicht eingehalten werden, dann liegt dies nicht primär am Charakter der beteiligten individuellen Akteure, sondern an einem falschen Regelsystem. Die vielen Regel- und Rechtsbrüche in der Eurozone seit 2010 zeigen die Fehler im Regelsystem der EWU.
- Standhaftigkeit im Fall Griechenlands würde die Chance auf eine Verbesserung des mangelhaften Regelsystems für die EWU eröffnen.

Weit vor den ersten Anzeichen der industriellen Revolution entwickelte sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts in den Niederlanden eine Situation, in der ein Land einen steigenden Lebensstandard trotz einer wachsenden Bevölkerung erwirtschaften konnte. Die ehemaligen spanischen Provinzen besaßen als erstes Land in Europa Regeln und Regelsysteme, welche die einzelnen Menschen motivierten, ihr Kapital und ihre Energie in Aktivitäten zu lenken, die Wohlstand für alle produzieren. Die richtigen Regeln und Regelsysteme sorgen für Wirtschaftswachstum. Und so ist auch die viel spätere industrielle Revolution nicht der Urheber von Wirtschaftswachstums, sondern eine seiner Erscheinungsformen. Die Bedingungen für ökonomischen Erfolg bestehen einerseits in sicheren und wohl definierten Rechten für alle auf privates Eigentum und auf unparteiische Durch-

setzung von Verträgen sowie andererseits in der Abwesenheit von Raub in jeglicher Form. Oder kurz: Das Recht ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum.

Auf diesem Hintergrund gewinnt das bekannte Urteil des Kirchenvaters Augustinus, daß die meisten Staaten nichts anderes sind als Räuberbanden, eine enorme ökonomische Dimension. Die unter jeder formalen Organisationsstruktur lauende Dynamik einer Räuberbande kann Wachstum und zukünftige Wachstumschancen zerstören, wenn sie nicht durch die richtigen Regeln und Regelsysteme zivilisiert und im Idealfall neutralisiert wird. Denn es gibt Regeln, die ihre eigene Nichtbeachtung hervorrufen und dadurch die Dynamik einer Räuberbande nicht einhegen und neutralisieren, sondern sogar beschleunigen.



Für die ökonomische Zukunft Europas verheißen die vielen Regel- und Rechtsbrüche in der Eurozone seit 2010 nichts Gutes. Bereits auf ihrem informellen Gipfel am 11. Februar 2010 hatten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zum kollektiven Rechtsbruch verabredet, indem sie ankündigten, Griechenland vor der Insolvenz zu bewahren. Dieser gezielte Bruch der No-Bail-out-Regel und die Auflösung des Zusammenhangs von Haftung und Entscheidung liegt auf einer Linie all der Maßnahmen zur Veränderung der europäischen Wirtschaftsverfassung, die im Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB seit März diesen Jahres ihren vorläufigen, aber leider wohl nicht letzten Höhepunkt erreicht hat. Die monetäre Planwirtschaft schreitet voran.

Wie in jeder Planwirtschaft wurde gezielt das Preissystem zerstört. Negative Zinsen sind nicht die Folge einer angeblichen Ersparnisschwemme, sondern eine gezielte staatliche Preismanipulation durch die EZB. Durch geldpolitisch gesteuerte Geldabwertungen nach innen und außen und durch Zinsmanipulation bis hin zu Negativzinsen soll der Zusammenbruch unseres Kreditgeldsystems verhindert werden. Diese Politik ist nichts anderes als Falschmünzerei und Raub. Die Sparer werden enteignet. Lebensversicherungen geraten in Existenznot. Unternehmen mit Pensionsverpflichtungen können ihre Gewinne nicht in neue Projekte investieren, sondern müssen aufgrund der staatlich induzierten Niedrigzinsen ihre Pensionsrückstellungen erhöhen. Andererseits können unrentable Unternehmen, die aus dem Markt ausscheiden müßten, aufgrund der Zinsmanipulation weiter existieren, was volkswirtschaftlich Realkapitalvernichtung darstellt. Die Zins- und Geldmanipulation erhöht nicht den Wohlstand, sondern einen Scheinwohlstand durch Vermögenspreisinflation. Gleichzeitig wird von der Politik die Investitions- und Wachstumsschwäche der

europäischen Volkswirtschaften beklagt. Ökonomisch geholfen haben die vielen Regel- und Rechtsbrüche seit 2010 nichts.

Auch die derzeitigen Auseinandersetzungen mit Griechenland sind die Folge der Verabredung zum kollektiven Rechtsbruch vom 11. Februar 2010. Und auch hier ist ein Raub zu beobachten. Wären bei einer Staatsinsolvenz im Mai 2010 die damaligen privaten Gläubiger von Griechenland, überwiegend Banken, betroffen gewesen, sind es nach fünfjähriger Insolvenzverschleppung und trotz eines offenen und eines verdeckten Schuldenschnitts im Jahr 2012 heute überwiegend die europäischen Steuerzahler.

Die Hauptantriebe für die Regel- und Rechtsbrüche seit 2010 liegen jedoch nicht primär im Charakter der beteiligten individuellen Akteure, sondern in einem falschen Regelsystem. Dieses falsche Regelsystem besteht zum einem in einer falschen Konstruktion der Europäischen Währungsunion (EWU), die einen systemischen Sog zu einer Transfer- und Weichwährungsunion enthält, und zum anderen im staatlichen Geldmonopol, in welchem unbegrenzt Geld durch Kredit aus dem Nichts geschöpft werden kann und das deshalb für Politiker so attraktiv ist. Dieses falsche Regelsystem führt aufgrund der Interdependenz der Ordnungen zur Zerstörung der Marktwirtschaft, zur Zerstörung des Rechts und zur Zerstörung des Wohlstands. Da ein kostenfreier Ausstieg aus diesem Schneeballsystem nicht möglich ist, sind die Überschuldungen von Staaten und Banken vorprogrammiert. Griechenland folgt der Logik dieses falschen Regelsystems lediglich in besonders konsequenter Art und Weise. Varoufakis hat das System auf jeden Fall verstanden.

Aber vielleicht scheitert ja die Suche nach einem Kompromiss zwischen Griechenland und den restlichen Euro-Staaten. Vielleicht gehen die



strategischen Spielzüge aller Beteiligten zur Verlängerung eines falschen Regelsystems nicht auf. Vielleicht können wir in den nächsten Tagen und Wochen einen Grexit oder einen Gracident, den Zusammenbruch des griechischen Bankensystems, viel schöpferische Zerstörung, etwas Chaos und einen Nachtragshaushalt in Deutschland beobachten, der Schäubles schwarze Null in eine rote, hohe Neuverschuldung verwandelt.

Und vielleicht entsteht daraus entgegen der Intentionen der beteiligten Player eine Chance für eine bessere EWU und vielleicht, aber nur vielleicht sogar für eine neue Geldordnung, die aufgrund der Interdependenz der Ordnungen die Marktwirtschaft erhält, das Recht nicht zerstört und zukünftiges Wachstum und Wohlstand ermöglicht. Denn das Recht ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum.



## RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

**Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG**

© 2015 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

## IMPRESSUM

*Herausgeber* Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, [research@fvsag.com](mailto:research@fvsag.com); *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, [www.bafin.de](http://www.bafin.de); *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 14. April 2015